bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 14 | 06. Juli 2007

Rechte Szene 2

„Gesinnungsstrafrecht“
Neonazis solidarisieren sich mit verurteilten braunen Gewalttätern – der NPD-Landesvize von Nordrhein-Westfalen ist mit von der Partie.

„Frontstadt Rostock“
Rechtsextremisten provozieren mit neuem Szeneladen in einem linken Wohnviertel der Hansestadt.

Brauner Wachdienst
Die von Manfred Börm geführte Ordner-Truppe der NPD gilt als „militant und unberechenbar“.

„Hochgradig militant“
Die „Nationale Offensive Schaumburg“ steht möglicherweise vor einem Verbot.

Seitenblick 6

Für Zivilcourage bestraft
Ermittlungen gegen Beamte, die einem Vorgesetzten mangelndes Engagement gegen Rechtsextremismus vorwerfen.

Grauzone 7

Geistiges Rüstzeug
Marburger Burschenschaft „Germania“ lädt regelmäßig Rechtsextremisten ein / Verbindung ist als gemeinnützig anerkannt.

Verfassungsschutz 8

Enge Zusammenarbeit
Hessischer Innenminister warnt im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen vor der NPD / Neonazis entwickeln rege Aktivitäten.

Ausland 9

Orientierungsstreit
Die „Modernisierer“ und die „Traditiona-listen“ innerhalb des Front National haben unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft der Partei.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Vernichtung der Warschauer Juden
Vor 65 Jahren begannen die Massenmorde in Treblinka – mindesten 870 000 Menschen wurden dort umgebracht.

Rezension 11

Das Grauen im Detail
Schilderungen eines polnischen Häftlings aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen.

Meldungen 12

Rechte Szene

„Gesinnungsstrafrecht“

Neonazis solidarisieren sich mit verurteilten braunen Gewalttätern – der NPD-Landesvize von Nordrhein-Westfalen ist mit von der Partie.

Solidarität mit inhaftierten Kameraden scheint bei den nordrhein-westfälischen Neonazis nicht gerade an erster Stelle auf ihrer Demonstrationsagenda zu stehen. 200 Teilnehmer waren am 30. Juni für eine Demonstration unter dem Motto „Gesinnungsparagraphen abschaffen! Freiheit für alle nationalen politischen Gefangenen!“ in Herford angekündigt. Doch es kamen gerade einmal 120, vor allem aus dem Ruhrgebiet, aus Ostwestfalen und Niedersachsen. Doch trotz der geringen Teilnehmerzahl – an Kraftmeierei in Richtung Gegendemonstranten, „System“ und „Gesinnungsstrafrecht“ mangelte es nicht. „Linkes Gezeter – 9 Millimeter“ wurde den Neonazigegnern gewünscht, von denen 2500 nach Herford gekommen waren. Claus Cremer, stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in NRW, meinte, seinen Parteifreund Udo Pastörs zitieren zu müssen: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten! Lasst uns Sturm sein!“ Und Versammlungsleiter Sascha Krolzig vom „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) drohte, das System werde „jede Gemeinheit auf Heller und Pfennig zurückzahlen“.

Als „Gemeinheit“ und „Gesinnungsjustiz“ werten Neonazis wie die, die in Herford auf die Straße gingen, beispielsweise Verurteilungen wegen der Organisation von NS-Massakern, wegen Totschlags, gefährlicher Körperverletzung oder der Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags. Mit viel Beifall jedenfalls wurden die Grußworte von Alt- und Neonazis bedacht, die wegen solcher Taten derzeit einsitzen. NS-Kriegsverbrecher Erich Priebke, der im März 1944 die Erschießung von 335 italienischen Zivilisten mitorganisiert hatte und dafür 1998 in Rom zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, ließ seinen Dank ausrichten und dem Aufmarsch „viel Erfolg“ wünschen. Sven Kahlin, der 2005 in Dortmund einen Punker erstochen hatte und dafür eine siebenjährige Jugendstrafe absitzt, klagte per Grußbotschaft, Neonazis würden „tagtäglich gejagt und inhaftiert“. Christoph Drewer aus Hamm, unter anderem wegen sieben Körperverletzungsdelikten – davon drei schwere – im vorigen November zu 30 Monaten Haft verurteilt, rief die Gesinnungskameraden auf, ihr Leben „dem nationalen Sozialismus zu widmen“. Und Michael Krick, der in den Niederlanden zu drei Jahren Haft verurteilt wurde, weil er einen Schwarzen überfallen und brutal misshandelt hatte, erging sich in antisemitischen Tiraden gegen die „Herrschaft einer auserwählten Clique“. Denen, die heute Neonazis juristisch verfolgen, drohte er an, sie würden irgendwann das „gesunde deutsche Rechtsempfinden kennen lernen“. Nicht fehlen in der Riege der Grußworte liefernden neonazistischen Straftäter durfte Martin Wiese, zu sieben Jahren Haft verurteilt wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und der Planung eines Sprengstoffanschlags auf die Grundsteinlegung des Jüdischen Kulturzentrums in München im November 2003.

Herford erlebte auch unter Skodas Slogan „Drinnen und draußen – eine Front“ die ungebremste Solidarisierung mit Gewalttätern. Auch mit Kay Diesner, der 1997 wegen der Ermordung eines Polizeibeamten und zweifachen Mordversuchs zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden war. Von ihm gab's zwar keine Grußbotschaft. Doch Krick, der seine Grußbotschaft mit einem „Sieg oder Walhall“ abschloss, und auch einer der Redner, der „parteifreie“ Neonazi Sven Skoda aus Düsseldorf, vergaßen nicht, ihn zu erwähnen.

Die örtliche NPD hielt sich an diesem Tag fern. Ihre Mitglieder sollen es vorgezogen haben, in einer anderen Stadt Flugblätter zu verteilen. Der örtliche JN-Stützpunkt hatte schon vor Wochen erklärt, eine Demo in der Region mache nur mit „einer absolut disziplinierten und ordentlich auftretenden Teilnehmerschaft überhaupt Sinn“. Das sei aber „bei den zu erwartenden Teilnehmern nicht gewährleistet“. Den NPD-Landesvize Cremer konnten die lokalen JNler mit ihrer Intervention nicht von einer Teilnahme abhalten. Als Retourkutsche fordert das Aktionsbüro Westdeutschland nun die Landes-NPD auf, gegen ihre Herforder Mitglieder einzugreifen: Der NPD-Vorstand solle sich „ernsthaft überlegen, ob solche Personen für ihre Partei noch tragbar sind. Immerhin wird durch solche Leute die in großen Teilen NRWs eigentlich erfolgreich praktizierte Volksfront absolut konterkariert“.

Tomas Sager

„Frontstadt Rostock“

Rechtsextremisten provozieren mit neuem Szeneladen in einem linken Wohnviertel der Hansestadt.

Das am 15. Juni in Rostock von bekannten Aktivisten aus der rechten Szene eröffnete Geschäft „East Coast Corner“ lässt die Hansestadt nicht zur Ruhe kommen. Nach spontanen Gegendemonstrationen und sich daraus entzündenden Krawallen rund um den Laden im Stadtteil Kröppeliner Tor-Vorstadt (KTV) wird zum einen die Verbindung zur NPD deutlich, zum anderen die Absicht, wohl mit dem rechten Treffpunkt eher zu provozieren, als Umsätze zu machen. Der Szeneladen liegt nämlich in einem Viertel, wo Studenten und eher politisch links verortete Menschen leben.

Mehrmals musste die Polizei bei Auseinandersetzungen anrücken – ein Szenario, bei dem die Neonazis sich in der Opferrolle präsentieren. Dass sie eine Drohkulisse aufbauen, wenn sie Nachbarn und Gegner fotografieren, Passanten anpöbeln, in der Nachbarschaft nach Tür- und Klingelschildern mit ausländischen Namen suchen, verschweigen sie. Als Geschäftsinhaber fungiert mit Torben Klebe ein führender Kader aus Hamburg. Geschäftsführer ist Thorsten de Vries, eine nicht minder bekannte Führungsfigur im rechten Lager. Klebe war Mitte Juni in Hamburg bei einem alternativen Wohnprojekt als Bauleiter einer Haustechnikfirma enttarnt und davongejagt worden. Bis zum Verbot der Organisation „Blood&Honour“ und danach hatte Klebe es mit Konzerten und dem Handel mit Musik von Rechtsrockgruppen zu tun. Freimütig tituliert er seinen neuen Geschäftszweig als „Klamottenladen für die rechte Szene“. Auch de Vries’ Vokabular lässt keine Zweifel: Man wolle Rostock zur „Frontstadt“ machen, formuliert er hegemoniale Ansprüche.

Zur Eröffnung ließ sich unter anderem der Schweriner NPD-Parlamentarier Birger Lüssow blicken. Inzwischen wurden auch sein Wahlkreismitarbeiter David Petereit (bewaffnet mit einer Keule) und der bei der NPD-Landtagsfraktion angestellte Frank Linke dort gesichtet. Mit Michael Grewe tauchte ein weiterer Neonazi auf, der bereits in Hamburg und Lüneburg Erfahrungen mit rechtsextremen Szeneläden gesammelt hat und zurzeit für die NPD in Teldau ein Gemeinderatsmandat wahrnimmt. Auch der zuletzt in Schleswig-Holstein tätige Martin Krause, der dem aus Rostock stammenden Druckereiinhaber mit rechter Vita, Lars Jacobs, immer wieder zur Hand geht, wurde im „East Coast Corner“ gesehen. Insider mutmaßen, dass Jacobs ebenfalls ein Drahtzieher des Szeneladens sei.

Bilder, dass Polizei sich mit Protestlern Straßenkämpfe liefert, kommen der NPD gerade recht. Ihr Fraktionsgeschäftsführer im Schweriner Landtag, Peter Marx, diente als Ansprechpartner für eine Mahnwache vor dem „East Coast Corner“. Am 26. Juni meldete sich ein Teil der NPD-Landtagsfraktion zu einer Ortsbesichtigung und einer Pressekonferenz in dem Laden an. Als ein Reporter der „Norddeutschen Neuesten Nachrichten“ offenbar zu kritische Fragen an den NPD-Fraktionschef Udo Pastörs und seine Mitstreiter stellte, setzte man ihn kurzerhand vor die Tür. Klebe verwies darauf, dass er einen Mietvertrag über fünf Jahre in seinen Händen halte. Bündnis 90/Grüne sowie Jusos haben angefangen, Unterschriften für eine fristlose Kündigung des Mietverhältnisses zu sammeln. In einer Resolution haben sich alle Fraktionen der Rostocker Bürgerschaft diesem Appell angeschlossen. Immobilienbesitzer ist ein Hamburger, der sich offenbar von Klebe getäuscht sieht.

Für Samstag, den 7. Juli hat die NPD erneut einen Aufmarsch angekündigt. Dem Demonstrationsaufruf der NPD eine Woche vorher, am 30. Juni, folgten entgegen großmundiger Erwartungen – de Vries hatte geprahlt, Kameradschaften aus ganz Deutschland würden dem Ruf folgen, um „East Coast Corner“ zu verteidigen – gerade einmal 180 Neonazis. Erst mit mehrstündiger Verspätung marschierte der Pulk los. Auf der Anfahrt im Zug von Güstrow nach Rostock gab es rund um den kleinen Haltepunkt Pölchow und in den Waggons heftige Gewalttätigkeiten zwischen Anhängern der rechten Szene und Gegendemonstranten. Die Rechten, darunter wurden von Augenzeugen auch einige Berliner erkannt, gingen mit erheblicher Brutalität zu Werke, so dass es mehrere Verletzte gab, die ambulant behandelt werden mussten. Am Aufzug, den 2000 Polizeibeamte sicherten, beteiligte sich neben Pastörs, Lüssow und Stefan Köster als vierter NPD-Landtagsabgeordneter auch Tino Müller. In Internetforen bejubeln die rechten Aktivisten, dass man den Linken eine ordentliche Abreibung verpasst habe.

Horst Freires

Brauner Wachdienst

Die von Manfred Börm geführte Ordner-Truppe der NPD gilt als „militant und unberechenbar“.

Der NPD-Bundesordnerdienst scheint nicht nur bei Medienvertretern, sondern auch in den eigenen Reihen umstritten. So soll es immer wieder mit Schwierigkeiten verbunden sein, geeigneten Nachwuchs für die braune Wachtruppe von Bundesvorstandsmitglied Manfred Börm zu rekrutieren. „Der Bewerber erkennt die Grundlage unserer nationalistischen Weltanschauung an. Er ist bereit, nach diesen Grundsätzen sein Leben auszurichten“, heißt es im „Meldeblatt“ für Interessenten. Zum erwarteten „Anforderungsprofil“ gehört, dass sich der Bewerber in die Gemeinschaft „einfügen“ und bereit sein muss, „seine Leistungsfähigkeit stets zum Nutzen aller zu verbessern“.

In der Juli-Ausgabe 2006 widmete sich die „Deutsche Stimme“ (DS) dem parteieigenen Bundesordnungsdienst (OD). „Die Kameraden des Parteiordnungsdienstes haben die rechte Gesinnung. In soldatischer Pflichterfüllung versehen sie ihren Dienst an der und für die Gemeinschaft“. Nicht nur bei Journalisten und politischen Gegnern sind die Männer in den weißen Hemden und schwarzen Hosen gefürchtet, auch innerhalb der rechten Szene gelten Börm und der seit 2001 von ihm geführte OD als „militant und unberechenbar“. Von den Mitgliedern wird bedingungsloser Gehorsam erwartet, Internes darf nicht nach draußen dringen. In der Regel sind die Mitglieder des OD zwischen 18 und 30 Jahre alt, sie werden in geheimen Schulungscamps „umfassend ausgebildet“. Die Neonazis sollen lernen, „die Hasstiraden ihrer Gegner, die Gegner Deutschlands sind“, von sich abprallen und „Verleumdungen ehrvergessener Systemknechte zur Ehre anrechnen“ zu lassen. Vermummten Antifaschisten dagegen darf der OD „offen die Stirn bieten“, heißt es in der DS.

In den Reihen des NPD-Ordnerdienstes tummeln sich zahlreiche vorbestrafte und verurteilte Neonazi-Straftäter. Die beiden Anführer Manfred Börm und sein Stellvertreter Andreas Theißen waren in der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend“ aktiv. Börm fungierte bis zum Verbot als „Gauführer Nordmark“ der WJ. Zahlreiche ehemalige Mitglieder der „Wiking-Jugend“ und anderer verbotener Gruppierungen finden sich beim OD wieder. 1992 fand auch ein Ordner-Lager in dem mit Jürgen Rieger verbundenen Neonazi-Zentrum „Hetendorf“, das 1998 behördlich geschlossen wurde, statt.

Seit der Gründung des NPD-Ordnungsdienstes Ende der 60er Jahre sorgten dessen Mitglieder durch aggressives Auftreten, aber auch gewalttätige Aktionen immer wieder für Aufsehen. 1969, während des Bundestagswahlkampfes, schoss der damalige „Bundesbeauftragte für den NPD-Ordnerdienst“ Klaus Kolley in der Kasseler Stadthalle zwei jugendliche Gegendemonstranten nieder. Im selben Jahr übernahm der spätere Landeschef Udo Holtmann die Leitung des Ordnerdienstes der NPD in Nordrhein-Westfalen. 1970 waren Holtmann und andere Ordner betroffen, als im Ruhrgebiet ein rechtsradikaler Geheimbund aufflog, der sich „Europäische Befreiungsfront“ nannte. Bei Hausdurchsuchungen wurden Waffen und Munition gefunden. Ende der 70er Jahre hatte Börm mit Kameraden ein Waffenlager der NATO überfallen, er war zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. 1997 wurden junge Nationalisten aufgefordert: „Wenn wir also unser Volk retten wollen, so müssen wir diesen Kampf bedingungslos aufnehmen und zwar auf allen Ebenen ... Organisiert Euch im Ordnerdienst der NPD/JN!“.

Offiziell treten Ordnerkräfte bei NPD-Großveranstaltungen auf. Ausgestattet mit Funkgeräten, Knopflautsprechern und Lederhandschuhen versuchen sie immer wieder, Gegner einzuschüchtern. Allzu kritische Journalisten werden von ihnen aus öffentlichen Veranstaltungen entfernt oder bedroht: „Wir haben eine Akte über dich!“ Ordner versuchen, sich Privatadressen von Medienvertretern zu notieren. Börms Bild von einer schlagkräftigen Einsatztruppe findet so Zuspruch bei manchen Anhängern: „Wir brauchen wieder einen organisierten Ordnerdienst, der zerbricht, was sich uns in den Weg stellt“. Solche Parolen werden in die Tat umgesetzt. Beim Wahlkampfauftakt der NPD in Schleswig-Holstein im Dezember 2004 schlugen zwei NPD-Ordner eine bereits am Boden liegende Gegendemonstrantin. Andreas Theißen griff am Wahlabend in Schwerin im September 2006 einen Fotografen gewaltsam an. Gegen die NPD-Ordner Christian von Velsen und Christian Fischer aus Niedersachsen laufen staatsanwaltliche Ermittlungen wegen „Bildung einer bewaffneten Gruppe“.

Andrea Röpke

„Hochgradig militant“

Die „Nationale Offensive Schaumburg“ steht möglicherweise vor einem Verbot.

Das niedersächsische Innenministerium prüft, die seit längerer Zeit beobachtete neonazistische Kameradschaft „Nationale Offensive Schaumburg“ (NOS) zu verbieten. Eine Sprecherin des niedersächsischen Verfassungsschutzes bezeichnete die NOS-Anführer als „hochgradig militant“. Zuletzt griffen am 16. Juni NOS-Neonazis den Info-Stand einer Herforder Antifa-Gruppe an. Die rechtskräftigen Verurteilungen der Neonazis gehen quer durch das Strafgesetzbuch: Volksverhetzung, räuberische Erpressung, Betrug, Urkundenfälschung, Diebstahl und brutale Körperverletzungen. Aktiv zeigt sich die Schaumburger Neonazi-Szene auch in Sachen „Anti-Antifa“. Der Aachener Friedenspreisträger Frank Gockel, Vorsitzender des „Vereins Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.“ erhielt im April dieses Jahres Morddrohungen per E-Mail und Telefon. Gockel hatte unter anderem Gegendemos zu Aufmärschen der Schaumburger Neonazis angemeldet.

Im März 2007 wurde der mehrfach vorbestrafte Kopf des NOS, Marcus Winter, 2005 NPD-Bundestagskandidat, vom Schöffengericht Stadhagen wegen Volksverhetzung zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten Haft verurteilt. Der Richter sah Winter als Verantwortlichen der NOS-Internetseite. Auf der wurden am 28. Januar 2007 in dem Text „Holocaust-Überlebende fordern NPD-Verbot – Wann endlich verbietet man Holocaust-Überlebende“ letztere in NS-Diktion als „Volksschädlinge“ verunglimpft und deren Nachkommen als „Mischpoke“ diffamiert. In der Nacht vom 20. auf den 21. April 2002 war der damals bereits wegen Körperverletzung verurteilte Winter an einem Überfall und der Entführung eines vermeintlich linken Jugendlichen beteiligt. Nach dem Haftbefehl im Mai 2002 tauchte Winter unter und konnte erst im Dezember 2002 verhaftet werden. Ebenfalls 2002 wurde Winter auf der „Schwarzen Liste“ der braunen Knasthilfe-Organisation HNG aufgeführt. Im August 2000 veröffentlichten die HNG-Nachrichten einen Leserbrief von Winter: „Wie dem auch sei, die Staatsknechte wissen, dass ich sie hasse.“

Am 2. Juli 2005 sollen die NOS-Kader Winter, Marco Siedbürger und Jan Neumann beim Schützenfest in Porta Westfalica mehrere Personen mit Bierkrügen niedergeschlagen haben. Anlass: Einer der Festbesucher trug ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Gegen Nazis“. Am 4. März 2006 versuchten Neonazis, eine antifaschistische Veranstaltung in Stadthagen zu stören. Dabei waren neben anderen Winter und Siedbürger.

Zu den NOS-Führungskadern zählt auch Arwid Strelow. Im April 2007 wurde Strelow vom Amtsgericht Stolzenau wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer achtmonatigen Haftstrafe verurteilt. Strelow hatte im August 2006 einem Mann eine leere Flasche auf den Kopf geschlagen. Im März 2007 verhängte das Stadthagener Amtsgericht eine neunmonatige Freiheitsstrafe unter anderem wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt, ebenfalls ohne Bewährung. Strelow hatte die Polizei mit falschen Notrufen in Atem gehalten, während einer Demonstration einen Beamten gegen ein stehendes Auto gestoßen und mit einer Zaunlatte die Windschutzscheibe eines Kleinwagen zerschlagen, in dem Gegendemonstranten saßen. Im Januar 2005 wurde Strelow zu einer mehrjährigen Bewährungsstrafe verurteilt, weil er am 13. März 2004 einen 18-jährigen Gegendemonstranten in Rotenburg/Wümme krankenhausreif geschlagen hatte. Strelow zertrümmerte seinem Opfer mit einem JN-Holzschild das Jochbein. Ärzte konnten verhindern, dass das Opfer auf einem Auge erblindete. Im Oktober 2006 wurde ein Strafbefehl gegen Strelow wirksam, den die Stadthagener Staatsanwaltschaft wegen Körperverletzung, Führens und Gebrauchs einer Schusswaffe sowie der Beleidigung von Polizeibeamten beantragt hatte. Strelow ist damit rechtskräftig zu einer Haftstrafe von sechs Monaten auf Bewährung verurteilt. Der Neonazi hatte im April 2006 unter anderem einem Passanten ein blaues Auge verpasst und mit einer Gaspistole in die Luft geschossen.

Ebenfalls zur NOS-Führungsriege zählt Marco Siedbürger. Siedbürger saß bereits eine mehrjährige Haftstrafe wegen Körperverletzung mit Todesfolge ab. Als junger Skinhead hatte Siedbürger im August 1999 mit einem Gesinnungskumpan einen Nazigegner in Eschede, Landkreis Celle, brutal misshandelt. Das Opfer verstarb an den Folgen der erheblichen Schlag- und Schnittverletzungen im Hals- und Kopfbereich.

Anton Maegerle

Seitenblick

Für Zivilcourage bestraft

Ermittlungen gegen Beamte, die einem Vorgesetzten mangelndes Engagement gegen Rechtsextremismus vorwerfen.

Drei Beamte der Abteilung Staatsschutz in der Polizeidirektion Dessau warfen ihrem Vize-Chef vor, die Bekämpfung rechtsextremer Kriminalität zu bremsen versucht zu haben. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft – nicht gegen den Polizei-Vize, sondern gegen einen der drei Beamten. In einem Schreiben an die Polizeichefin hatten die Beamten Aussagen des Leitenden Polizeidirektors Hans-Christoph Glombitza zitiert. Danach soll der in einer Dienstbesprechung gesagt haben, dass man in Sachen rechtsextremer Kriminalität „nicht alles sehen müsse“, und in diesem Zusammenhang gewarnt haben, dass damit das Ansehen des Landes „nachhaltig geschädigt werden“ könne. Schließlich soll er die von der Landesregierung initiierte Kampagne „Hingucken! Für ein weltoffenes, demokratisches und tolerantes Sachsen-Anhalt“ mit den Worten kommentiert haben: „Das ist doch nur für die Galerie, das dürfen Sie nicht ernst nehmen.“

Nach einer ersten internen Untersuchung der Polizeidirektion Dessau relativierte Innenminister Holger Hövelmann die Vorwürfe der drei Beamten. Aus dem Bericht gehe hervor, dass die Ermittlungen, die der Vize-Polizeichef gebremst haben soll, Internet-Recherchen, also „verdachtsunabhängige Ermittlungen“ gewesen seien. Strafvereitelung sei ihm also nicht vorzuwerfen. In dem Bericht der Polizeichefin würden die Äußerungen Glombitzas als „Arbeitsorganisation“ bezeichnet. „Es gab dort seit geraumer Zeit Anzeichen von Arbeitsüberlastung“, so Hövelmann.

Dennoch ordnete er eine unabängige Untersuchung der Vorgänge in Dessau durch den Leiter der Fachhochschule der Polizei, Rainer Nitsche, an. Angesichts der „Arbeitsüberlastung“ im Fachkommissariat Staatschutz ist es verwunderlich, dass zwei der drei Beamten, die die Vorwürfe gegen Glombitza erhoben haben, noch vor Abschluss der Untersuchungen Nitsches versetzt worden sind, unter ihnen auch der Leiter des Fachkommissariats, Sven Gratzik. Seit der Mitte 2004 seinen Dienst in Dessau aufgenommen hatte, ist die Zahl aufgeklärter rechtextremer Straf- und Gewalttaten im Bereich der Polizeidirektion sprunghaft angestiegen. Von 141 im Jahr 2004 auf 392 im Jahr 2006. Und ihre verdachtsunabhängigen Recherchen im Internet gaben den Staatsschützern stets hilfreiche Hinweise.

Wer sich auch nur etwas intensiver mit dem Bereich Rechtsextremismus und Neonazismus beschäftigt, weiß zudem, wie hilfreich das Internet für das eigene Engagement ist. So fordert denn auch der Verein „Miteinander e.V.“ eine umgehende dienstrechtliche Rehabilitierung der betroffenen Staatsschützer. „Wenn die Presseberichte zutreffend sind, bestätigt der Untersuchungsbericht offenbar die Darstellung der Staatsschutzbeamten, wonach sie aufgefordert wurden, rechtsextreme Straftaten nicht in jedem Fall intensiv zu verfolgen“, sagt der Geschäftsführer des Vereins, Roman Ronneberg.

Tatsächlich hat Glombitza in Nitsches Untersuchungen eingeräumt, dass die Zitate so, wie sie von den Staatsschützern in ihrem Schreiben wiedergegeben worden sind, gefallen sind. Sie seien jedoch aus dem Zusammenhang gerissen. Im Gegensatz zu seinen Untergebenen kam Glombitza, der kurz vor seiner Pensionierung steht, mit einer Rüge des Innenministers davon.

Statt dessen ermittelt jetzt die Staatsanwaltschaft Dessau gegen einen der drei Beamten und zwar wegen des „untauglichen Versuches der Strafvereitelung im Amt“. Die Staatsschützer haben ihr Beschwerdeschreiben an die Spitze der Polizeidirektion Dessau geschickt. Oberstaatsanwalt Folker Bittmann wirft dem Beamten, der das Schreiben aufgesetzt hatte, vor, keine förmliche Anzeige gegen den Polizei-Vizechef erstattet zu haben. Allerdings hatte die Staatsanwaltschaft auch, nachdem die Vorwürfe bekannt geworden sind, es „mangels Anfangsverdacht“ abgelehnt, ein Ermittlungsverfahren gegen Glombitza einzuleiten. Wegen des Verzichts der drei Staatschützer auf eine förmliche Anzeige gegen ihren Vorgesetzten sei er nun gezwungen, gegen den Autor des Briefes zu ermitteln, so Bittmann.

Mit vielfältigen Aktionen und Initiativen versucht die Politik seit geraumer Zeit, die Zivilcourage im Kampf gegen Rechtsextremismus zu stärken. Für Beamte gilt das offenbar nur eingeschränkt.

Eberhard Löblich

Grauzone

Geistiges Rüstzeug

Marburger Burschenschaft „Germania“ lädt regelmäßig Rechtsextremisten ein / Verbindung ist als gemeinnützig anerkannt.

Die Marburger Burschenschaft „Germania“ macht aus ihrem politischen Standort keinen Hehl. Immer wieder waren im Haus der Studentenverbindung prominente Rechtsextremisten zu Gast. Jüngster Fall: Für eine Abrechnung „mit der politisch herrschenden Klasse in Deutschland“ trat dort am 27. Juni Gerard Menuhin auf. Der Sohn des verstorbenen Weltklassegeigers Sir Yehudi Menuhin sprach zum Thema „Antisemitismus als politische Waffe“. Die im Titel nur angedeutete Weltsicht zeigt der Schweizer unmissverständlich in Beiträgen, die er regelmäßig für die „National-Zeitung“ von DVU-Chef Gerhard Frey verfasst. In der Kolumne, die das rechtsextreme Blatt eigens für den Vielschreiber eingerichtet hat, greift Menuhin tief in die Mottenkiste antisemitischer Hetze – so bezeichnete er den französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy als „Sohn einer Nachfahrin sephardischer Juden aus Thessaloniki“ und Werkzeug einer „zionistischen Lobby“. Bei den diesjährigen Bremer Bürgerschaftswahlen engagierte sich der 59-Jährige zudem als Wahlkampfredner für die DVU in Bremerhaven.

Vor zwei Jahren musste Menuhin den Vorsitz der von seinem Vater gegründeten „Yehudi Menuhin Stiftung“ räumen. Mit seiner „ausgrenzenden und diffamierenden Sprache und ausländerfeindlichen Haltung“ stehe er im Widerspruch zu den Visionen ihres Gründers, hieß es. Menuhin folgt ideologisch eher seinem Großvater nach. Als „bekennender jüdischer Antizionist“ hatte Moshe Menuhin bereits nach dem Krieg für die „Deutsche National- und Soldatenzeitung“ geschrieben, dem Vorläuferblatt von Freys heutigem Organ. Der „Spiegel“ berichtete, dass er zwei Jahre Leiter des kulturpolitischen Ressorts des rechtsextremen Blattes war, bevor er ihm 1970 den Rücken kehrte – es war ihm „in Sachen Antizionismus ‘nicht kämpferisch genug und zu kompromissbereit’“.

Menuhins Auftritt bei der Marburger „Germania“ ist keine Ausnahme. Dazu Gregor Gallner, Antifa-Referent des ASTA-Marburg: „2006 veranstaltete die Burschenschaft Germania zusammen mit dem rechtsextremen Institut für Staatspolitik ein Tagesseminar. Menuhin ist auch nicht der erste Autor der ‘National-Zeitung’ auf dem Haus der Germania. 2007 wurde der ehemalige Generalmajor Gerd Schultze-Ronhof eingeladen, der seine geschichtsrevisionistischen Thesen auch in der ‘National-Zeitung’ verbreitet.“

Geistiges Rüstzeug für die Auseinandersetzung mit ihrer demokratisch geprägten Umwelt suchen und finden die Marburger Verbindungsstudenten insbesondere bei Vertretern der „Neuen Rechten“. Bereits Ende der 80er Jahre luden sie zu zwei Vorträgen Pierre Krebs, den Leiter des neurechten Thuleseminars, ein. Bis heute hat Krebs nichts von seiner damaligen Militanz eingebüßt. So rief er 2004 im NPD-Organ „Deutsche Stimme“ zur „Notwehr“ gegen „Eine-Welt-Planer“ auf, die die „Ausrottung der Rassen und Kulturen in ihren jeweiligen natürlichen Ausprägungen“ betrieben.

Auch im aktuellen Semesterprogramm der Verbindung finden sich weitere bekannte Nationalrevolutionäre: Angekündigt sind zwei burschenschaftliche Abende mit Rolf Stolz, früherer Funktionär des extrem rechten „Friedenkomitees 2000“, sowie mit Ralf Küttelwelsch, der sein Buch „Der konservative Rausch II“ vorstellen will. Küttelwelsch, der im November 2006 schon einmal einen Vortrag bei der „Germania“ hielt, leitete zeitweilig den Jugendbund „Sturmvogel“, eine Abspaltung der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend“.

Mit ihrer engen Verbindung zur rechtsextremen Szene steht die Marburger „Germania“ unter den hessischen Mitgliedsbünden der Dachorganisation „Deutsche Burschenschaft“ nicht allein. Auch die „Dresdensia Rugia“ in Gießen, die „Germania“ in Kassel sowie die Marburger Burschenschaften „Normannia-Leipzig“ und „Rheinfranken“ sind schon einschlägig aufgefallen.

Nach Auskunft des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz wird die Marburger „Germania“ derzeit nicht beobachtet – allen rechten Umtrieben zum Trotz. Auch der von „alten Herren“ geleitete Verein „Gesellschaft Germanenhaus Marburg e. V.“, dem das Verbindungshaus gehört, ist nach wie vor als gemeinnützig anerkannt. Der letzte Bescheid erging am 9. Juli 2003.

Carsten Meyer

Verfassungsschutz

Enge Zusammenarbeit

Hessischer Innenminister warnt im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen vor der NPD / Neonazis entwickeln rege Aktivitäten.

Die Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes seines Landes nahm Hessens Innenminister Volker Bouffier (CDU) zum Anlass, davor zu warnen, die NPD im Hinblick auf die im Januar 2008 anstehenden Landtagswahlen in seinem Bundesland zu unterschätzen. Bei den Kommunalwahlen 2006 hat die NPD 7270 Stimmen erzielt, das waren 0,4 Prozent (gegenüber 0,2 Prozent im Jahr 2001). Anders jedoch als 2001 kandidierte die NPD nur noch in ausgewählten Wahlkreisen und nicht mehr so sehr in der Breite. Diese Taktik bescherte der Partei immerhin 18 Kommunalmandate, vier mehr als 2001. Kommunale Hochburg der NPD bleibt dabei seit Jahren Wölfersheim.

Gemäß der bundesweiten Entwicklung war zuletzt auch in Hessen zu beobachten, dass NPD und neonazistische Kräfte die Zusammenarbeit suchen. Die NPD hat sich in der Führungsspitze verjüngt. Mit Marcel Wöll haben die Nationaldemokraten einen Landesvorsitzenden, der sich intensiv um die Außendarstellung und -wahrnehmung der Partei kümmert. Selbst fungiert er als Anmelder von Demonstrationen, dazu ist er Initiator der im Internet ausgestrahlten „Kritischen Nachrichten der Woche". Gleich 20 Demonstrationen wurden seitens der NPD angemeldet – fast dreimal soviel wie im Jahr zuvor. Verstärkt geht die NPD auf Jugendliche und Schüler zu, bietet vereinzelt schulische Hilfen oder ihr Know-how bei der Lehrstellensuche an. Die Mitgliederzahl der rechtsextremen Partei ist von 350 auf 400 gestiegen.

Die DVU liegt gleichbleibend bei 800 Mitgliedern, tritt aber nur noch durch regionale Stammtische in Erscheinung. Die Republikaner werden im Bericht nicht mehr erwähnt.

Von insgesamt 2950 Rechtsextremisten werden 750 als gewaltbereit eingestuft. Zu den in Einzelorganisationen tätigen Neonazis werden 250 Personen gezählt. Die so genannte Kameradschaftsszene ist genauso groß, die rechtsgerichtete Skinheadszene umfasst 750 Kräfte. Die Zahl der der rechten Szene zuzuordnenden Gewalt- und Straftaten ist von 700 auf 800 gestiegen.

Im Internet haben die Verfassungsschützer 50 Websites mit hessischem Bezug ausgemacht. Sieben Rechtsrock-Konzerte wurden organisiert, davon aber fünf verhindert oder aufgelöst. Mehrere Male musste der Vorwand von Geburtstags- oder Hochzeitsfeiern herhalten, um die wahre Absicht zu verschleiern. Eines der Konzerte fand unter der Regie der Hammerskins statt. Namentlich bekannt sind in Hessen die acht Rechtsrock-Bands „Faust", „Gegenschlag", „Hauptkampflinie", „Störmanöver", „Nordglanz", „Rachezug", „Royal Hatred" und „Blutschuld/Ahnenerbe". Vier Versandgeschäfte mit den szeneüblichen Musik- und Textilangeboten operieren von dem Bundesland aus. Als Bestrebungen beobachtet wurden, die Aktivitäten der am 12. September 2000 verbotenen Skinhead-Organisation „Blood&Honour" fortzusetzen, antworteten Polizei und Ermittlungsbehörden mit einer Razzia.

Nach seiner Haftentlassung ist auch Manfred Roeder mit seiner „Deutschen Bürgerinitiative" wieder aktiv. So lud er dreimal zu einem Osterfeuer, zu einer Sommersonnenwendfeier und zu einem Generationentreffen auf sein Anwesen. Von Roeder gibt es nach wie vor monatliche Rundbriefe.

Rege Aktivitäten sind vom länderübergreifend wirkenden „Aktionsbüro Rhein-Neckar" zu beobachten, einem recht einflussreichen Neonazi-Zirkel. Die „Kameradschaft Bergstraße" und der „Nibelungensturm Odenwald" haben sich formell aufgelöst; in deren Wirkungskreis hat das Aktionsbüro seitdem das Sagen. In der Kameradschaftsszene bewegen sich Freie Nationalisten aus Kassel, die so genannte „Sturmfront Odenwald" und die „Berserker Kirtorf". Weitere neonazistische Gruppierungen sind die „Freien Nationalisten Rhein-Main" und die „Deutschen Sozialisten/Außerparlamentarische Opposition".

Horst Freires

Ausland

Orientierungsstreit

Die „Modernisierer" und die „Traditionalisten" innerhalb des Front National haben unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft der Partei.

Frankreichs extreme Rechte ist nach den jüngsten Parlamentswahlen, bei denen sie im nationalen Durchschnitt nur noch 4,3 Prozent der Stimmen erhielt, erheblich geschwächt. Im zweiten Durchgang, also in der Stichwahlrunde, hatte die rechtsextreme Partei nur noch eine einzige Kandidatin im Rennen: Marine Le Pen. Dies markiert einen historischen Tiefstand. Aber das erstaunlich hohe Abschneiden der bis in die Stichwahl „überlebenden" Kandidatin Marine Le Pen in ihrem Wahlkreis – im ehemaligen Bergbaurevier Pas-de-Calais nahe der belgischen Grenze – belegt gleichzeitig, dass im rechtsextremen Potenzial noch immer erhebliche Kräfte schlummern. Und es weist darauf, dass die „Aus und Vorbei"-Rufe doch ziemlich voreilig gewesen sein könnten.

So erhielt Marine Le Pen in der Stichwahl mit 41,7 Prozent (auf Wahlkreisebene) ein gewaltiges Ergebnis. An ihrem Wahlerfolg, auch wenn er am Ende nicht von einem Sitz gekrönt war, gibt es nichts herumzudeuteln. Denn auch in absoluten Zahlen ausgedrückt, und nicht allein in Prozentanteilen gemessen, legte Marine Le Pen zwischen den beiden Runden der Wahl nochmals ordentlich zu. Statt 10 593 Stimmen im ersten Durchgang erhielt sie im zweiten Wahlgang 17 107 Stimmen. Das Gesamtergebnis deutet darauf hin, dass es dem Front National zwischen den beiden Wahlgängen gelungen sein muss, einen nicht unerheblichen Teil des Publikums der bürgerlichen Parteien auf seine Seite zu ziehen. Ferner erhielt Marine Le Pen vor der Stichwahl die Unterstützung zweier konservativer Prominenter, unter ihnen der ehemalige Leitartikler im „Figaro Magazine" Alain Griotteray. Der Zweite im Bunde ist Michel Caldaguès, der früher gaullistischer Senator von Paris (Mitglied des parlamentarischen Oberhauses, das dort die Hauptstadt vertritt) war. Beide erklärten ihre Unterstützung für die Le Pen-Tochter, um die französische Nation vor dem Aufgehen in einem supranationalen Europa zu schützen.

In naher Zukunft ist beim Front National mit politischen Konsequenzen der Niederlagen und neuem Streit um Strategie und Orientierung zu rechnen. Bislang stehen sich zwei Visionen von der politisch-ideologischen und doktrinären Zukunft des FN gegenüber: Auf der einen Seite finden sich die „Modernisierer" rund um Marine Le Pen und den seit 2005 amtierenden Generalsekretär Louis Aliot, auf der anderer Seite die „Traditionalisten" rund um den derzeitigen Generalbeauftragten oder „Délégué général" der Partei, Bruno Gollnisch.

Erstere streben eine gründliche Umwälzung der bisherigen Funktionsweise des Front National an. Sowohl auf der Ebene der Strukturen – dort soll die bisherige Doppelstruktur, mit „Generalsekretär" auf der einen Seite und „Generalbeauftragtem" auf der anderen (die sich gegenseitig kontrollieren und in Schach halten sollen, damit es keine aufstrebende „Nummer Zwei" gibt) aufgebrochen werden. Stattdessen sollen klassische Parteistrukturen übernommen werden, mit einem „verschlankten Apparat". Auch auf der Ebene der Doktrin möchten die „Modernisierer" mit der Eigendynamik der, aus dem historischen Vorlauf der extremen Rechten und ihrer Geschichte heraus erklärbaren, Strömungen beziehungweise „politischen Familien" und „Sensibilitäten" aufräumen.

Tatsächlich führen Strömungen wie die katholischen Fundamentalisten einerseits und die (rassenbiologisch argumentierenden) Neuheiden anderseits oder wie Monarchisten, Nationalrevolutionäre und Stiefelfaschisten, deren Doktrinen sich in ihren Kernelementen gegenseitig ausschließen, ein starkes Eigenleben. Sie unterhalten eigene Strukturen inner- beziehungsweise außerhalb des FN sowie eigene Publikationsorgane. Die „Modernisierer" möchten die Strömungen in einer – verschlankten und effizienter gestalteten – einheitlichen Parteistruktur auflösen und die Doktrin auf einige Essentials reduzieren.

Hingegen strebt die Gegenseite, gemäß einem Konzept, das jüngst in der Monatszeitschrift „Le Choc du mois" lanciert worden ist, nach einer Föderation unterschiedlicher Strömungen. Diese soll auch auf bisher außerhalb des FN stehende Fraktionen, wie die „Identitaires" (militante Stiefelfaschisten) oder gegebenenfalls die Villiers-Anhänger, ausgedehnt werden. Auch ist von der Einrichtung einer kollegialen Parteiführung an der Spitze die Rede. *Bernhard Schmid*

Blick in die Zeitgeschichte

Vernichtung der Warschauer Juden

Vor 65 Jahren begannen die Massenmorde in Treblinka - mindesten 870 000 Menschen wurden dort umgebracht.

In der Öffentlichkeit werden hin und wieder Konzentrations- und Vernichtungslager in einem Atemzug genannt. Historisch müssen sie aber voneinander getrennt werden. In Lagern wie Dachau bei München, Flossenbürg in Oberbayern, Ravensbrück bei Berlin oder Groß-Rosen in der Nähe der alten schlesischen Stadt Breslau wurden zwar auch Menschen ermordet, ihr Hauptzweck war jedoch die körperliche Ausbeutung der Gefangenen. Dass dabei Tausende starben, nahm die SS so nebenbei in Kauf. Anders sah es bei Vernichtungslagern aus. Ihr einziger Zweck war – der Name sagt es eindeutig – die Vernichtung von Menschen. Sie lagen ausnahmslos in Polen, wobei der Begriff „polnische Vernichtungslager“ falsch ist. Es waren deutsche Lager im unterjochten Polen. Sobibor, Majdanek und Belzec in Südostpolen an der Grenze zur UdSSR waren Vernichtungslager, ebenso Chelmno westlich von Warschau, Auschwitz-Birkenau in Südpolen und schließlich Treblinka im Norden des Landes.

Treblinka wurde speziell zur Vernichtung der Warschauer Juden gebaut. Dort begannen die Massenmorde vor 65 Jahren – am 23. Juli 1942. In Warschau wurden die Juden zum „Umschlagplatz“ im Zentrum der Stadt geführt. Sie mussten Lastkraftwagen besteigen, die sie zu einem der Bahnhöfe brachten. Von dort ging es direkt nach Treblinka, das gut geschützt in einem Waldgebiet lag. Das rechteckige Lager maß nur 600 mal 400 Meter. Nach der Ankunft wurde den Juden gesagt, sie kämen in ein Arbeitslager, müssten aber vorher duschen. Ihre Kleider gaben sie in zwei Baracken vor den Gaskammern ab. Dann mussten sie durch sehr enge Gänge zu den drei Kammern gehen, die Duschräumen zum Verwechseln ähnlich sahen. An den Decken verliefen Rohre mit Löchern, aus denen allerdings kein Wasser kam, sondern das tödliche Kohlenmonoxyd. Jede Gaskammer hatte zwei Türen. Durch die eine kamen die Opfer, die andere konnte nur von außen geöffnet werden. Durch sie mussten Häftlinge die Toten herausholen und zu riesigen Gruben in der Nähe der Kammern schleppen.

Die Eisenbahntransporte aus Warschau mit jeweils 6000 bis 7000 Männern, Frauen und Kindern in 40 bis 50 Waggons hielten im Bahnhof des Dorfes Treblinka. Dort rollten etwa 20 Wagen weiter ins Lager, die anderen mussten warten, bis die Gaskammern leer und gesäubert waren. Danach waren die nächsten an der Reihe. Mitunter kamen so viele Deportationszüge an einem Tag an, dass die Zeit nicht ausreichte, um alle zu vernichten. Dann beschwerte sich Lagerkommandant Franz Paul Stangl und erreichte frühere Abfahrtzeiten aus Warschau. Er hat das während seines Strafverfahrens 1970 in Düsseldorf ausdrücklich bestätigt.

In den ersten Monaten zwischen dem 23. Juli und dem 21. September 1942 starben in Treblinka 254 000 Warschauer Juden, außerdem 112 000 aus anderen Teilen Polens. Als immer mehr Züge in Treblinka ankamen, wurden zusätzlich zehn weitere Gaskammern gebaut. Die Pläne des gesamten Lagerkomplexes haben den Krieg nicht überdauert. Dennoch gibt es seit 1970 einen bis ins Detail genauen Lagerplan. Ihn hat der Ankläger im Stangl-Prozess, Oberstaatsanwalt Alfred Spieß, während der Hauptverhandlung gezeichnet und anschließend Stangl gezeigt. Der war überrascht von der Genauigkeit der Skizze. Die Massenmorde dauerten bis in den Januar 1943.

Zum Winterende 1943 besuchte SS-Chef Heinrich Himmler Treblinka, kurz nach der deutschen Niederlage in Stalingrad. Himmler ahnte, dass nun die Zeit des Rückzugs und der deutschen Niederlage begonnen hatte. Deshalb befahl er, die Leichengruben zu öffnen und die Toten zu verbrennen. Es sollten keine Spuren zurückbleiben. Das dauerte bis in den Herbst 1943. Danach wurde das Lager aufgelöst. Das hing weniger mit dem Ende der Leichenverbrennung zusammen. Der Grund war vielmehr eine Vielzahl von Aufständen in einzelnen Vernichtungslagern. In Treblinka begann der Aufstand am 2. August 1943. Häftlingen war es gelungen, mit Nachschlüsseln in die Waffenkammer des Wachpersonals einzudringen und sich zu bewaffnen. 750 Gefangenen gelang die Flucht. Insgesamt sind in Treblinka mindestens 870 000 Menschen ermordet worden – vor allem Juden. Seit 1964 erinnert ein riesiges Stelenfeld an die Toten.

Heiner Lichtenstein

Rezension

Das Grauen im Detail

Schilderungen eines polnischen Häftlings aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen.

Sicher, es ist nicht das erste Buch, in dem die Gräuel eines Konzentrationslagers aus Sicht eines Betroffenen geschildert werden. Doch Leon Szalets „Baracke 38“ dürfte einer der ersten entsprechenden Erinnerungsbände sein. Schrieb er ihn doch unmittelbar nach seiner Haftentlassung und Emigration im Frühjahr/Sommer 1940. Das deutsche Originalmanuskript ist seit kurzem in Buchform erhältlich, nachdem die Aufzeichnungen bereits 1946 auf Englisch erschienen waren.

237 Tage lang war Leon Szalet im Konzentrationslager Sachsenhausen gefangen. Er gehörte zu den 534 Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit, die nach dem Überfall der Nazis auf Polen im September 1939 direkt von der Straße und aus ihren Wohnungen weg von der Gestapo festgenommen worden waren. Als Staatsbürger des vermeintlichen Aggressors Polen und zudem noch als Juden waren diese Gefangenen von der ersten Minute im Konzentrationslager schlimmster Willkür und Tyrannei ausgesetzt. Von den Nazis als „Bromberger Mörder“ geschmäht, waren diese Männer innerhalb des Lagers isoliert und damit sadistischen „Blockführern“ und ihren Helfern absolut ausgeliefert.

Leon Szalets Aufzeichnungen wirken auch auf den heutigen Leser packend und eindringlich, denn seine Erinnerung ist lückenlos. So beschreibt er die ersten 17 Tage im Lager nahezu minutiös, in einem zumeist beklemmend sachlichen Ton. Jederzeit mussten die 534 Gefangenen in den Baracken 37, 38 und 39 mit dem Tod rechnen. Sie wurden tagsüber wie auch nachts völlig unvermittelt überfallen und geprügelt, zum Exerzieren gezwungen, in drängender Enge zusammengepfercht – ohne Nahrung und ohne Wasser. Mehr als zwei Wochen entzogen die SS-Schergen den Männern immer mehr ihrer ohnehin knapp bemessenen Atemluft. Die Baracken wurden hermetisch abgedichtet, und wenn die Gefangenen nicht heimlich nachts für einige Zeit eine Dachluke hätten öffnen können, hätte wohl kaum jemand die so genannte Erstickungsaktion überlebt.

Leon Szalet nahm sich bereits während seiner Gefangenschaft vor, seine Erlebnisse aufzuzeichnen und einen Beitrag zur späteren Ahndung der Nazi-Verbrechen zu leisten. Dieses Versprechen sich selbst gegenüber löst Szalet mit dem Buch hervorragend ein, denn er schildert – neben dem subjektiven Leiden – in weiteren Kapiteln auch akribisch die Lagerordnung und Befehlshierarchie, Zwangsarbeit und karge „Freizeitgestaltung“.

Das Buch gibt auf rund 500 Seiten einen nicht nur ausführlichen, sondern auch beklemmenden Einblick in ein echtes Stück gelebte Geschichte. Die zeitliche Nähe zwischen Erlebnis und Aufzeichnung stellt dabei eine der besonderen Qualitäten des Buches dar. Bedauerlich, dass erst jetzt durch Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten das deutsche Original erschienen ist. Immerhin hatte Leon Szalets Tochter Gucia das Manuskript bereits 1994 dem Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen übergeben.

Immerhin: Der Band ist nun im Buchhandel erhältlich und sollte sicher in keiner Schulbibliothek fehlen. Denn Szalets Schilderungen sind eindringlicher als reine Fakten und Zahlen – und lassen den zeitlich weit zurückliegenden Holocaust nah und bedrängend werden.

Leon Szalet gelangte übrigens mit Hilfe seiner Tochter nach 237 Tagen Haft aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen. Beide emigrierten im Mai 1940 über Shanghai in die USA. Ende 1955 zog Szalet wieder nach Berlin, wo er 1958 starb.

Gudrun Giese

Leon Szalet: Baracke 38. Metropol Verlag, Berlin, 2006, 499 S., 24,00 EUR.

Meldungen

Friedensbewegte

Dortmund – Auch in diesem Jahr wollen Neonazis am 1. September zum Antikriegstag in Dortmund demonstrieren. Angekündigt wird eine Veranstaltung unter dem Motto „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege", die mittags in der City stattfinden soll. Als besondere Provokation wird in Dortmund empfunden, dass der Neonazi-Aufmarsch ausgerechnet am Friedensplatz starten soll. Schon in den letzten beiden Jahren hatte es in der Ruhrgebietsstadt Neonazi-Demonstrationen zum Antikriegstag gegeben, 2005 mit rund 250 und 2006 mit mehr als 300 Teilnehmern. (ts)

„Realsatire"

Fulda – Nach einem turbulent verlaufenen Parteitag der Deutschen Partei sind weitere gerichtliche Auseinandersetzungen oder eine Spaltung der Partei zu erwarten. Bei dem Mitgliederparteitag im osthessischen Rommerz wurde auch ein neuer Bundesvorstand gewählt. Mit 84 zu acht Stimmen setzte sich der Niedersachse Alfred Kuhlemann gegen Christian Berthel durch. Seine Stellvertreter sind Peter Schlag (Berlin) und Claus Cira (Bremen). Den Parteiausschluss des ehemaligen Vorsitzenden Heiner Kappel verurteilte der Parteitag. Kuhlemann stellte die DP in die „seriösen Traditionen" der Partei. Sie sei eine „demokratische, konservative und patriotische Partei". Das bisherige Vorsitzendenduo Claudia Wiechmann und Ulrich Pätzold, dem Sympathien für eine Zusammenarbeit mit der NPD nachgesagt werden, hält den Parteitag für nicht rechtmäßig, unter anderem, weil er nicht in Fulda stattfand, wie vom Verwaltungsgericht Wiesbaden verlangt. Ihre Anhänger aus den Landesverbänden Sachsen-Anhalt und Bayern verließen den Parteitag denn auch vor den Wahlen. Im Forum der Deutschen Partei Baden-Württemberg wird die Vermutung geäußert, dass der Parteitag eine weitere Klagewelle nach sich ziehen wird. Dabei geht es unter anderem darum, dass in der Einladung kein Veranstaltungsort angegeben war und bei einer großen Gruppe von Mitgliedern aus Bremen weder Staatsbürgerschaft, noch das Datum des Parteieintritts oder die ordnungsgemäße Zahlung der Beiträge geprüft worden sei. Geschäftsordnungsanträge seien zudem „unterdrückt" und Anträge zur Tagesordnung nicht abgestimmt worden. Der Stuttgarter DP-Kreisvorsitzende Marius Frosch warf dem neuen Parteivize Cira vor, er habe „Ausländer mit niedrigem Bildungsniveau" auf den Parteitag geschleppt, „die kein Wort deutsch können, die vor sich einen Zettel mit genauen Anweisungen bekommen hatten, wie sie zu handeln haben, und als primitive Befehlsempfänger (vermutlich gegen Entgelt) das machen mussten, was Herr Cira sagt". Der Parteitag, so meinen Forumsteilnehmer, sei ein „schlechter Scherz" beziehungsweise eine „Realsatire" gewesen. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de